



---

## TOP VIII Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Anerkennung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit

### Entschließungsantrag

Von: Herrn Matthias Seusing als Delegierter der Ärztekammer Schleswig-Holstein  
Herrn Dr. Klaus Baier als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg  
Herrn Dr. Ullrich Fleck als Delegierter der Landesärztekammer Brandenburg  
Frau Dr. Christiane Friedländer als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Frau Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Herrn Dr. Jörg Hermann als Delegierter der Ärztekammer Bremen  
Frau Elke Köhler als Delegierte der Landesärztekammer Brandenburg  
Herrn Dr. Thomas Lipp als Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer  
Herrn Dr. Hans-Joachim Lutz als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer  
Herrn Dr. (I) Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe

---

### DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der Deutsche Ärztetag fordert den Europäischen Rat auf, die Bereitschaftsdienste insgesamt entsprechend der höchstrichterlichen Rechtsprechung als Arbeitszeit anzuerkennen und nur in begründeten Ausnahmefällen "Opt-Out"-Regelungen zuzulassen.

#### Begründung:

Die Pläne des Europäischen Rates zu einer Veränderung der Europäischen Arbeitszeitrichtlinie zulasten der Arbeitnehmerschaft resultieren aus den bestehenden Versorgungsengpässen und drohendem Ärztemangel in Deutschland und weiteren Ländern. Um ein Erreichen der gesetzlich limitierten 48 Stunden zu umgehen, plant der Ministerrat die Aufteilung des Bereitschaftsdienstes in einen aktiven und einen inaktiven Teil, wobei der inaktive Teil - entgegen bereits bestehender höchstrichterlicher Rechtsprechung, trotz Verpflichtung zur Anwesenheit am Arbeitsplatz - nicht zur Arbeitszeit gerechnet werden soll. Erschwert wird dies durch die Einräumung sogenannter "Opt-Out"-Regelungen, mittels derer die individuelle Arbeitszeit auf theoretische 78 Stunden ohne entsprechende Ausgleichszeiträume erhöht werden kann.

Eine solche Position ist nicht tragbar. Unverhältnismäßig lange Arbeitszeiten stellen eine konkrete Gefährdung der Patientenversorgung dar. Auch die Sicherheit und Gesundheit

---

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



der angestellten Ärztinnen und Ärzte werden dadurch in Mitleidenschaft gezogen.